

## Medienmitteilung (15. März 2013)

### Die Schweiz verwirft alle Empfehlungen hinsichtlich sexueller Orientierung und Genderidentität, die ihr im Rahmen der Allgemeinen regelmässigen Überprüfung durch den UNO-Menschenrechtsrat gemacht wurden



Die Eidgenossenschaft präsentierte heute die Antwort der Schweiz auf die Empfehlungen, die ihr hinsichtlich der Menschenrechte am 29. Oktober 2012 durch die Mitgliedstaaten des UNO-Menschenrechtsrats gemacht worden waren. Die Schweiz verwarf die drei Empfehlungen bezüglich Diskriminierungen aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität. Als Antwort darauf richteten die schweizweiten LGBT-Organisationen folgende Erklärung an die Schweizer Behörden, mit der sie auf die in der Schweiz bestehenden Mängel hinsichtlich des Schutzes der Rechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgener (LGBT) Personen aufmerksam machen wollen.

Das Video der Erklärung ist unter folgender Adresse abrufbar (17Kapitel - 41min15):  
<http://webtv.un.org/watch/consideration-of-switzerland-upr-report-36th-meeting-22nd-regular-session-human-rights-council/2224927917001/>

#### Medieninformationen:

Sandrine CINA, [sandrine@lgbt-youth.ch](mailto:sandrine@lgbt-youth.ch), 079 454 28 67 (französisch, englisch)

Maria VON KÄNEL, [info@regenbogenfamilien.ch](mailto:info@regenbogenfamilien.ch), 079 611 06 71 (deutsch)

#### Informationen zur Allgemeinen regelmässigen Überprüfung der Schweiz:

<http://www.eda.admin.ch/eda/de/home/topics/intorg/un/humun/upr.html>



## Text der Erklärung

- vorgetragen von Sandrine Cina

Danke, Frau Vizepräsident.

Diese Erklärung erfolgt im Namen der fünf schweizweiten LGBT-Organisationen, Pink Cross, LOS, Regenbogenfamilien, Transgender Network Switzerland und LGBT Youth Schweiz.

Wir bedauern, dass die Schweiz alle Empfehlungen hinsichtlich Diskriminierungen aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität verworfen hat. Mit ihrem sektoriellen Ansatz gewährt die Schweiz ihren LGBT-Bürgern keinen umfassenden Schutz.

In der Schweiz sind LGBT-Personen vielfältigen Formen der Diskriminierung ausgesetzt. Sie sind dreimal mehr als heterosexuelle Personen Zielscheibe physischer und verbaler Gewalt. Hassparolen gegenüber der LGBT-Gemeinschaft im öffentlichen Raum werden strafrechtlich nicht verfolgt. Dieses Klima der Gewalt erzeugt beträchtlichen Stress, der zu Depression und Selbsttötung führen kann; Selbsttötungsversuche sind bei LGBT-Personen fünfmal häufiger als bei der restlichen Bevölkerung.

Das Gesetz über die eingetragene Partnerschaft weist hinsichtlich der erleichterten Einbürgerung, der Adoption und der Anwendung von Verfahren der medizinisch unterstützten Fortpflanzung Ungleichbehandlungen im Vergleich zu Ehepaaren auf. Darüber hinaus sind Kinder von Paaren in eingetragener Partnerschaft bezüglich Sorgerecht, Besuchsrecht, Unterhaltsbeitrag, Erbrecht und Waisenrente benachteiligt.

Im Arbeitsgesetz wiederum werden Diskriminierungen aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität überhaupt nicht explizit erwähnt, obwohl solche Situationen häufig vorkommen. Insbesondere Transgender-Personen erfahren oft aus Gründen, die unmittelbar mit ihrer Identität zusammenhängen, Abweisungen oder Kündigungen.

Dieser mangelnde Rechtsschutz wirkt sich unmittelbar darauf aus, wie junge LGBT heute ihre Zukunft sehen.

Die Schweizer LGBT-Organisationen rufen die Eidgenossenschaft auf, ihre LGBT-Bürger umfassend zu schützen und ein allgemeines Gesetz gegen Diskriminierungen zu verabschieden, das explizit auch sexuelle Orientierung und Genderidentität umfasst. Die Schweizer Behörden müssen zeigen, dass sie alle Formen von Diskriminierung bekämpfen wollen, denn dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Schweiz und das Wohlergehen jeder Bürgerin und jedes Bürgers.

Ich danke Ihnen.